

NZZ

Krise im deutschen Luftverkehr: Steigende Kosten treiben Airlines in die Flucht

Der Himmel über Deutschland wird leerer: Eurowings streicht Hunderte Flüge, Ryanair zieht sich aus mehreren Städten komplett zurück. Schuld daran sei nicht zuletzt die Politik, klagen die Luftfahrtgesellschaften.

Johannes C. Bockenheimer, Berlin

11.10.2024, 12.46 Uhr ⌚ 3 min



Bye-bye, Germany! Die irische Billig-Airline Ryanair streicht ihr Flugangebot in Deutschland zusammen.

Imago / Nicolas Economou

Der deutsche Luftverkehr steckt in einer tiefen Krise. Während sich die Branche in anderen europäischen Ländern längst von den Folgen der Corona-Pandemie erholt hat, hinkt Deutschland hinterher. Schuld daran sind vor allem die hohen Standortkosten, die Fluggesellschaften zunehmend dazu

bewegen, den deutschen Markt zu meiden. Zwei Airlines ziehen deshalb jetzt Konsequenzen.

Deutschlands zweitgrösste Airline, Eurowings, kündigte am Freitag an, ihr Angebot am Flughafen Hamburg für das Jahr 2025 drastisch zu reduzieren. Über 1000 Flüge würden gestrichen, darunter die bei Geschäftsreisenden beliebte Verbindung nach Köln/Bonn. Der Eurowings-Chef Jens Bischof warnte in einer Mitteilung: «Das reduzierte Angebot wird die direkte Anbindung Hamburgs deutlich schwächen und Fliegen aus der Hansestadt spürbar verteuern.»

Deutschland verliert Millionen Sitzplätze

Die Entscheidung von Eurowings sei dabei eine direkte Folge der steigenden Standortkosten. «Die Pläne des Flughafens für eine völlig unverhältnismässige Erhöhung der Entgelte lassen uns keine Wahl», erklärte Bischof. Die Airline sehe sich gezwungen, nicht nur Flüge nach Köln/Bonn zu streichen, sondern auch sechs weitere Ziele in Europa und Nordafrika aus dem Programm zu nehmen.

Die Airline war in Hamburg bisher Marktführer und hat dort 16 Flugzeuge stationiert. Mit 70 Zielen bot die Lufthansa-Tochter das breiteste Angebot an Direktverbindungen am grössten Flughafen in Norddeutschland. Dieser Rückzug wird nicht nur Auswirkungen auf Ferien- und Geschäftsreisende haben, sondern könnte auch Arbeitsplätze in der Region gefährden.

Noch drastischer fällt die Reaktion von Ryanair aus. Europas grösster Billigfluggesellschaft will alle Flüge nach Dortmund,

Dresden und Leipzig streichen. In Hamburg werde das Angebot um 60 Prozent reduziert. Das teilte der irische Konzern bereits am Donnerstag mit. Insgesamt verliert Deutschland dadurch 1,8 Millionen Sitzplätze für den Sommer 2025.

Standortkosten auf Rekordhöhe

Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) sieht seinerseits nicht zuletzt politische Entscheidungen als den Hauptgrund für diese Entwicklung. «Staatliche Belastungen für den Luftverkehr haben sich in Deutschland seit 2020 annähernd verdoppelt», sagte der BDL-Präsident Jens Bischof im August. Europäische Punkt-zu-Punkt-Airlines machten deshalb mittlerweile einen Bogen um deutsche Flughäfen.

Der Verband rechnete in eine Analyse vor, dass sich Steuern und Abgaben bei einem typischen Mittelstreckenflug innerhalb Europas inzwischen auf rund 30 Euro pro Passagier summierten – was ein neues Rekordhoch darstellt. Die jüngste Erhöhung der Luftverkehrssteuer um 25 Prozent zum 1. Mai 2024 habe die Situation weiter verschärft.

Laut dem BDL hat der Luftverkehr in den europäischen Ländern ohne Deutschland bereits 102 Prozent des Vor-Corona-Niveaus erreicht. Deutschland hingegen liegt mit nur 83 Prozent deutlich zurück. Besonders alarmierend ist die Entwicklung bei den europäischen Billigfluggesellschaften wie EasyJet, Ryanair und Wizz Air. Ihr Angebot in Deutschland erreichte im ersten Halbjahr 2024 lediglich 71 Prozent des Vor-

Corona-Niveaus, während es im europäischen Durchschnitt auf 112 Prozent stieg.

Forderungen nach politischem Handeln

Die Luftfahrtbranche fordert nun dringend politisches Handeln. Der Ryanair-CEO Eddie Wilson appelliert an den Verkehrsminister Volker Wissing, «sofort zu handeln, um die Zugangskosten zu senken und das marode deutsche Luftverkehrssystem zu reparieren». Der BDL hatte diese Forderung ebenfalls bereits in seiner Analyse vorgebracht. «Wer die lahmende deutsche Wirtschaft beleben will, darf die Luftfahrt in Deutschland nicht länger über die Massen belasten», betonte Bischof.

Doch die Aussichten sind düster: Für 2025 ist bereits eine weitere Erhöhung der Gebühren für Luftsicherheitskontrollen geplant. Zudem drohen durch das EU-Klimaschutzpaket «Fit for 55» zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen zulasten europäischer Airlines.